

# Unruhe am runden Tisch

*Ehemalige Verdingkinder kritisieren den Bund*

*hof.* · Es sind harte Worte, die der Verein «netzwerk-verdingt» gewählt hat. Der runde Tisch, der sich mit der Bewältigung früherer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und der Geschichte der Verdingkinder befasst, sei gescheitert, teilte der Verein, der die Interessen von ehemaligen Verdingkindern vertritt, am Dienstag mit. Hauptgrund dafür sei der Delegierte des Bundes: Luzius Mader, der stellvertretende Direktor des Bundesamtes für Justiz, sei ein «parteiischer, humorloser, in sich erstarrter Verwaltungs- und Machtmensch», der «klar aufseiten der Täter und nicht der Opfer» stehe.

Unter der Führung von Luzius Mader sei eine weitere Teilnahme nicht mehr möglich, sagt Walter Zwahlen, der Delegierte des Vereins am runden Tisch, auf Anfrage. Die für dieses Gremium zuständige Bundesrätin und Justizministerin Simonetta Sommaruga müsse nun reagieren. Es brauche einen von der Verwaltung unabhängigen Delegierten, sagt Zwahlen. Dann sei der Verein der Verdingkinder auch bereit, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Mader selber zeigte sich gemäss der Nachrichtenagentur SDA von diesen Entwicklungen überrascht und will mit dem Verein das Gespräch suchen. Seiner Meinung nach ist der runde Tisch nicht gescheitert. Im Juli werde dieser seinen Schlussbericht zuhanden der Öffentlichkeit verabschieden. – Der runde Tisch wurde im vergangenen Jahr von Bun-



*Nach dem langen Leid als Verdingkind, endlich Verhandlungen und jetzt Ärger mit dem Behördenvertreter.*

PHOTOPRESS-ARCHIV/KEYSTONE

desrätin Simonetta Sommaruga eingesetzt. Er soll helfen, zusammen mit Betroffenen das dunkle Kapitel der fürsorglichen Zwangsmassnahmen, der Zwangsterilisationen und der Verdingung von Kindern aufzuarbeiten.

Bereits ist ein Fonds für Soforthilfe eingerichtet worden, der mit 5 Millionen Franken geäuft werden soll. Justizministerin Simonetta Sommaruga hatte sich vor einem Jahr im Namen der

Regierung für die Praxis der Zwangsmassnahmen entschuldigt. Derzeit werden zudem Unterschriften für die Wiedergutmachungs-Initiative gesammelt. Sie verlangt die Errichtung eines Fonds in der Höhe von 500 Millionen Franken für die Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplacierungen, die vor 1981 vorgenommen wurden.

*Meinung & Debatte, Seite 21*

# Risse *rasch kitten*

*Es braucht eine unabhängige Aufarbeitung der Sozialpolitik. Von Markus Hofmann*

Noch am Freitag hat nichts auf eine eidgenössische Verstimmung hingewiesen. Luzius Mader, stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Justiz, konnte gute Nachrichten überbringen. In seiner Funktion als Delegierter für die Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen teilte er mit, dass die Arbeiten am runden Tisch plangemäss vorangingen. Bald werde der Schlussbericht veröffentlicht. Doch am Montag verliess ein wichtiger Teilnehmer den runden Tisch unter Protest. Der Vertreter der ehemaligen Verdingkinder akzeptiert den Delegierten des Bundes nicht länger als Gesprächsleiter. Der runde Tisch wackelt.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga hatte das Gremium letztes Jahr ins Leben gerufen. Es soll Vorschläge ausarbeiten, wie mit den Opfern früherer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplacierungen umgegangen werden soll. Bis in die 1980er Jahre waren Tausende von Menschen in der Schweiz in Heime gesteckt, verdingt, zwangssterilisiert oder im Rahmen «administrativer Massnahmen» weggesperrt worden. Der runde Tisch nimmt bei der Aufarbeitung dieser traurigen Geschichte eine wichtige Funktion ein: Dort kommen die Opfer zur Sprache, dort sollen ihre Anliegen ernst genommen werden. Gleichzeitig sitzen am selben Tisch auch Vertreter der ehemaligen Täter aus staatlichen Behörden, Heimen sowie Bauern- und Kirchenorganisationen.

Diese Konstellation bedingt eine umsichtige Moderation der Gespräche sowie eine unabhängige Position des Delegierten. Er sollte den Opfern gegenüber Empathie entgegenbringen, gleichzeitig aber die verschiedenen Interessen sorgfältig abwägen können. Ursprünglich hatte alt Ständerat Hansruedi Stadler diese Aufgabe versehen. Doch der konziliante Anwalt aus Altdorf legte das Amt wegen Überlastung bald nieder. An seine Stelle trat Luzius Mader – und damit ein Vertreter des Staates: eines Staates, der selber in die Geschichte, die nun aufgearbeitet wird, verwickelt war.

Unabhängig davon, wie der hohe Justizbeamte seine Aufgabe als Delegierter versieht: Ideal ist es nicht, wenn der Vertreter einer betroffenen Behörde am runden Tisch diesen gleichzeitig auch leitet. Bundesrätin Sommaruga hatte vor einem Jahr mit ihrer offiziellen Entschuldigung bei den Opfern ein starkes Zeichen gesetzt. Sie sollte weiterhin alles dafür tun, dass mit der Bewältigung der damaligen düsteren Sozialpolitik ein positives Geschichtskapitel geschrieben wird.